

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GLP/JGLP, SP, BDP/CVP (Matthias Stürmer, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Matthias Egli, GLP/Ingrid Kissling, SP/Lionel Gaudy, BDP/Milena Daphinoff, CVP): Mehr BürgerInnenbeteiligung dank Open Smart City Bern; Begründungsbericht

Mit einem Open Smart City Konzept soll es möglich werden, Informations- und Kommunikationstechnologien vermehrt für soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen in der Stadt Bern einzusetzen. Smart City Aktivitäten dienen stets Zielen der nachhaltigen Entwicklung und stiften einen direkten Nutzen für die Bevölkerung, Umwelt, Verwaltung und Wirtschaft. Kombiniert mit der Freigabe von Daten (Open Government Data) und Anwendungen (Open Source Software) tragen Smart City Aktivitäten zu Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, Zivilgesellschaft und Unternehmen bei.

Diese intensivierte Zusammenarbeit kann auch als eine Kollaboration im Sinne der offenen Wissenschaft bzw. von Citizen Science Projekten verstanden werden, die Mithilfe von interessierten LaiInnen und BürgerInnen entstehen und durchgeführt werden können. Technologieorientierte Smart City Konzepte kombiniert mit dem direkten und offenen Zugang inkl. BürgerInnenbeteiligung führen zu interessanten Formen des Einbezugs der gemeinsamen Entwicklung und der Beteiligung wie auch der Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen. Wenn Smart City Konzepte mit Openness und adäquater Bürgerbeteiligung verbunden werden, haben sie ein grosses Potential, einen Mehrwert für die Stadt Bern und ihre Bürgerinnen und Bürger darzustellen¹.

In der Stadt Bern finden bereits seit Anfang 2016 regelmässig Roundtable-Gespräche zwischen den Berner Behörden, den Hochschulen und der Zivilgesellschaft statt, um gemäss Open Smart City Konzept aktuelle Problemstellungen der Stadt anzugehen. Dabei wurden gemeinsam zahlreiche konkrete Projektideen entwickelt, wie beispielsweise die Quartierbevölkerung besser in partizipative Prozesse eingebunden werden kann oder die Stimmberechtigten fundierter über Abstimmungen und Wahlen informiert werden können. Auch Ideenskizzen liegen vor, wie Strom und Wasser mittels innovativer Open Smart City Apps (Web und Mobile Anwendungen) gespart werden können und die nachhaltige Mobilität gefördert werden kann.

Aktuell ist geplant, mittels kostengünstiger Pilotprojekte die Realisierungsmöglichkeiten zu testen, erste Erfahrungen zu sammeln und die geplante Wirkung zu prüfen. Dazu wird die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Verwaltungsstellen (Fachämter, Informatikdienste, Informationsdienst etc.) sowie Umsetzungspartnern (Universität, Fachhochschule, Impact Hub Bern) und Zielgruppen in der Bevölkerung angeregt.

Um die Stadt Bern als Open Smart City auf strategischer und operativer Ebene zu entwickeln, bitten wir den Gemeinderat deshalb um folgende Massnahmen:

1. Entwicklung einer Open Smart City Strategie: Sie soll Zielsetzungen, Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadtverwaltung in den Themenfeldern festlegen (insbesondere die Rolle der Informatikdienste, des Informationsdienstes und der E-Government-Stelle)
2. Festlegung einer Stelle in der Stadtverwaltung, die für das Thema Open Smart City, Citizen Science und andere übergreifende Digitalisierungs-Themen zuständig ist

¹ Siehe dazu auch „Open Smart City: Good Governance für smarte Städte“ 2016 Astrid Habenstein, Sara D'Onofrio, Edy Portmann, Matthias Stürmer und Thomas Myrach in „Smart City“, Edition HMD, Springer Fachmedien

3. Umsetzung der Open Smart City Strategie u.a. mittels zu bestimmender Pilotprojekte, die über genügend Finanzmittel verfügen
4. Freigabe von Open Data und Open Source Software durch die Stadt, um die Mitwirkung an der Open Smart City Strategieumsetzung durch die Hochschulen, Unternehmen und Zivilgesellschaft zu ermöglichen
5. Fortführung der Roundtable-Gespräche zwischen den Behörden, Unternehmen, Hochschulen, Zivilgesellschaft, lokalen Verbänden etc. unter Leitung der Stadt Bern, um gemeinsame Pilotprojekte zu lancieren.

Bern, 27. April 2017

Erstunterzeichnende: Matthias Stürmer, Manuel C. Widmer, Matthias Egli, Ingrid Kissling-Näf, Lionel Gaudy, Milena Daphinoff

Mitunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Patrik Wyss, Mohamed Abdirahim, Tamara Funicello, Marcel Wüthrich, Brigitte Hilty Haller, Janine Wicki, Bettina Jans-Troxler, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Marieke Kruit, Ladina Kirchen Abegg, Johannes Wartenweiler, Fuat Köçer, Benno Frauchiger, Claude Grosjean, Michael Burkard, Isabelle Heer, Philip Kohli, Maurice Lindgren, Patrick Zillig, Marianne Schild, Lukas Gutzwiller

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Die Motion wurde mit SRB Nr. 2019-112 am 21. März 2019 auf Antrag des Gemeinderats für erheblich erklärt. Der Antrag des Gemeinderats wurde damit begründet, dass die Forderungen der Motion auf derselben Linie liegen, welche der Gemeinderat in Sachen Digitalisierung verfolgt. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet wird, welche die Ziele, Zuständigkeiten und Ressourcen festlegen wird. Zurzeit befindet sich die Digitalisierungsstrategie 2030 in der Erarbeitung. Sie wird als umfassende Grundlage zu verstehen sein, anhand derer die Stadtverwaltung und ihre Beziehungen zur Bevölkerung digitalisiert werden sollen. Der Gemeinderat erachtet es als nicht zielführend Open Smart City anhand einer eigenen Strategie losgelöst davon zu betrachten. Mit dem Bereich Digital Stadt Bern der Abteilung Personal, Finanzen & Digitale Entwicklung der Präsidialdirektion besteht zudem wie mit der Motion gefordert eine zentrale Stelle in der Stadtverwaltung, welche sich allen Themen in Sachen Digitalisierung annimmt. Auf strategischer Ebene ist die Konferenz Digital Stadt Bern als gemeinderätliche Kommission für die Erarbeitung und Umsetzung der Digitalstrategie und somit alle Digitalisierungsprozesse der Stadt Bern zuständig.

Die Forderungen der als Richtlinie erheblich erklärten Motion sind somit entweder bereits erfüllt oder befinden sich zumindest – im Rahmen der Digitalstrategie 2030 – in Erarbeitung.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die für die Digitalisierung erforderlichen Mittel sind bzw. werden im Rahmen der ordentlichen Finanzprozesse (Budget und AFP sowie MIP) eingestellt.

Bern, 20. August 2025

Der Gemeinderat